

# 1 **Energiewende in Deutschland - Grün geht weiter!**

2 *Die atomare Vergangenheit endgültig beenden*

3 *Die Zukunft gestalten: erneuerbar, effizient und energiesparsam*

4

## 5 **Die Konsequenzen aus Fukushima**

6 Die Atomkatastrophe in Fukushima hat die Welt wachgerüttelt. Dass in einem  
7 Hochtechnologieland wie Japan mehrere Atomreaktoren gleichzeitig außer Kontrolle  
8 geraten und es zu drei parallelen Kernschmelzen kommt, zeigt, welch  
9 unermessliches Risiko diese Technologie für Mensch und Natur bedeutet. Die ganze  
10 Tragweite der Katastrophe ist bis heute noch nicht absehbar, aber eines ist jetzt  
11 schon klar: Die Menschen in der Region und weit darüber hinaus werden noch  
12 jahrzehntelang unter den Folgen leiden.

13 Fukushima hat nicht nur in Deutschland die Koordinaten der Energiepolitik  
14 grundlegend verschoben. Die Schweiz will keine neuen Atomkraftwerke mehr bauen.  
15 In Italien stimmten bei einem Referendum rund 95 Prozent gegen die Atomenergie.  
16 In vielen Ländern auf der ganzen Welt steigt die Ablehnung der Atomkraft in der  
17 Bevölkerung, so in der Türkei, in Japan, Tschechien, Polen und sogar in Frankreich.  
18 Ein erfolgreicher Komplettausstieg in einem Industrieland wie Deutschland würde  
19 diese Entwicklungen unterstützen und den Druck für einen europa- und weltweiten  
20 Ausstieg erhöhen. Wir Grüne kämpfen auch international für das Ende der Atomkraft.

21 Atomkraft – für die Energieversorgung der Welt heute schon von nachrangiger  
22 Bedeutung – wird in Europa zum Auslaufmodell. In den nächsten Jahren werden sehr  
23 viel mehr Atomkraftwerke stillgelegt als neue gebaut.

24 Der Klimaschutz ist eine unserer größten Zukunftsaufgaben. Der Klimawandel  
25 schreitet schneller voran als dies noch vor wenigen Jahren abzusehen war und die  
26 Folgen der Erderwärmung sind vielerorts bereits seit Jahren spürbar. Es ist also  
27 höchste Zeit für eine umfassende Energiewende. Die Vergangenheit mit Atom muss  
28 beendet werden. Die Zukunft gehört der grünen Energiewende. Sie ist erneuerbar,  
29 effizient und energiesparend. **Für eine wirkliche Energiewende streiten wir Grünen**  
30 **weiter**, gemeinsam mit den Umweltverbänden, der Anti-AKW-Bewegung und vielen  
31 anderen in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis.

32 Die zivile Nutzung der Atomenergie war schon immer eng verknüpft mit der  
33 militärischen. Ein endgültiges Ende der zivilen Nutzung in Deutschland bedeutet für  
34 uns auch ein starkes Zeichen im Kampf gegen die militärische Nutzung dieser  
35 Technologie.

36 Fukushima wurde für die schwarz-gelbe Bundesregierung zum politischen Desaster.  
37 Noch im Herbst wollten Merkel, Röttgen und Brüderle die angeblich „sichersten

geändert ohne Gewähr!  
Hinzugefügt ohne Gewähr!

38 Atomkraftwerke der Welt“ (Merkel) bis 2040 oder sogar länger laufen lassen. Nun  
39 müssen sie ihr Milliardengeschenk an RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW wieder  
40 einkassieren. Die Laufzeitverlängerung wird **modifiziert, teilweise** zurückgenommen,  
41 die sieben ältesten Atomkraftwerke plus Krümmel gehen – bis auf die geplante  
42 Kaltreserve – endgültig vom Netz und die Zockerei mit den Reststrommengen hat  
43 endlich ein Ende. Das Märchen von der Stromlücke wurde als das entlarvt, was es ist  
44 – ein Blendwerk der vier großen Energieversorger und der schwarz-gelben  
45 Atomlobbyisten.

46 Diese **politische** Wende nach nur sieben Monaten ist ein historischer Sieg der Anti-  
47 AKW-Bewegung, der Umweltverbände und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – und  
48 ein beispielloses Debakel für eine vollkommen verfehlte schwarz-gelbe Atompolitik.  
49 Zu Hunderttausenden haben die Menschen gegen die Laufzeitverlängerung  
50 gekämpft, sind für den schnellstmöglichen Ausstieg und die Stilllegung aller  
51 Reaktoren auf die Straße gegangen, haben auf Mahnwachen gestanden und bei  
52 Blockaden gesessen – aber auch im Parlament und vor dem  
53 Bundesverfassungsgericht haben wir Grüne als Teil der Bewegung seit über 30  
54 Jahren dafür gestritten. Zusammen haben wir gewonnen: Der Kampf der Pro-  
55 Atomparteien dagegen ist zu Ende.

#### 56 **Grüne Energiewende! Wir nehmen keine Mogelpackung**

57 Selbst wenn sich Schwarz-Gelb in der Atomfrage bewegt hat – für die notwendige  
58 grüne Energiewende bleibt diese Bundesregierung ein Totalausfall. Die Union hat  
59 sich seit Jahren als Dagegen-Partei profiliert. Gemeinsam mit der FDP war sie gegen  
60 das Erneuerbare-Energien-Gesetz und hat auf Landesebene zum Beispiel den  
61 Ausbau von Windenergie systematisch bürokratisch verhindert. Nicht umsonst sind  
62 Bayern und Baden-Württemberg Schlusslichter beim Ausbau der Windenergie. Hier  
63 hat die jahrelange Blockadepolitik unionsgeführter Landesregierungen Spuren  
64 hinterlassen. CDU und CSU haben gegen den Emissionshandel gekämpft und  
65 verbindliche Energiesparziele abgelehnt. Angela Merkel will uns jetzt glauben  
66 machen, dass sich diese Positionierung der Union schlagartig geändert, ja sogar ins  
67 Gegenteil gekehrt habe. Doch die Merkel'sche Energiewende ist eine Mogelpackung.  
68 Zu wenig, zu langsam und von oben herab.

69 Anstatt zielstrebig den vollständigen Umstieg auf erneuerbar erzeugten Strom  
70 anzugehen, strebt die Bundesregierung bis 2020 einen Ökostromanteil von lediglich  
71 35 Prozent an. In Wahrheit heißt das, sie will den Ausbau verlangsamen, statt ihn zu  
72 beschleunigen. Und danach richtet sie ihre Politik aus.

- 73 • Sie will eine Kostengrenze für das Erneuerbare-Energien-Gesetz, zugleich  
74 aber die Industrie großzügig von der Umlage befreien. Das ist sozial  
75 ungerecht und schädlich für den Ausbau erneuerbarer Energien.
- 76 • Sie verschlechtert die Förderung für preiswerte und schnell verfügbare  
77 Windkraftanlagen an Land, treibt das Repowering nicht voran und richtet mit

- 78 der Marktprämie sowie der üppigen Förderung für Windparks auf See das  
79 Erneuerbare-Energien-Gesetz einseitig auf Großunternehmen aus. Zusätzlich  
80 zielt die Koalition auf weitere Kürzungen beim Solarstrom.
- 81 • Zentral statt dezentral ist die schwarz-gelbe Devise. Nicht die dezentralen  
82 Erneuerbaren, sondern neue Kohlekraftwerke sollen den größten Anteil des  
83 wegfallenden Atomstroms ersetzen. Die Planung soll gestrafft,  
84 Bürgerbeteiligung eingeschränkt, der Neubau der Klimakiller mit  
85 Milliardenbeträgen subventioniert werden – ausgerechnet aus dem  
86 Klimaschutzfonds. Unsinniger geht es kaum. Statt in die Energiezukunft führt  
87 uns Schwarz-Gelb zurück ins letzte Jahrhundert. Gleichzeitig wird der Ausbau  
88 umweltschonender Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen weiter dahinsiechen,  
89 wenn Schwarz-Gelb nicht endlich die Förderbedingungen verbessert.
  - 90 • Von oben herab will die Bundesregierung das Land mit neuen Stromtrassen  
91 durchziehen. Zentralisierung der Planung beim Bund anstelle transparenter  
92 Verfahren und mehr Akzeptanz durch Erdkabel – Schwarz-Gelb organisiert  
93 den Netzausbau nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern, sondern gegen sie.
  - 94 • Auch beim Energiesparen bleibt die Merkel-Regierung ein Totalausfall. Auf  
95 EU-Ebene blockiert die Bundesregierung ein verbindliches Einsparziel von 20  
96 Prozent. Im eigenen Land betreibt sie das Energiesparen nur als  
97 unverbindliche und freiwillige Schönwetterdisziplin. Wirksame Maßnahmen zur  
98 Senkung des Stromverbrauchs sucht man bei Schwarz-Gelb vergebens. Das  
99 erst kürzlich von der Koalition zusammengestrichene  
100 Gebäudesanierungsprogramm wird viel zu zögerlich wieder aufgestockt. Und  
101 das, obwohl das Programm Milliardenaufträge für Handwerk und Industrie  
102 bringt und sich über die zusätzlichen Steuereinnahmen selbst finanziert.  
103 Klimaschutz, Arbeitsplätze und Einsparungen in Milliardenhöhe bleiben so auf  
104 der Strecke.

105 Die jetzt von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesnovellen zum Ausbau der  
106 Erneuerbaren Energien, der Leitungsnetze und Speicherkapazitäten **bleiben weit**  
107 **hinter den Notwendigkeiten einer grünen Energiewende zurück.** Werden sie nicht  
108 substantiell nachgebessert, **müssen wir diese Gesetze ablehnen.**

109

## 110 **Zaghafter Schritt zum Atomausstieg**

111 Mit der **modifizierten** Rücknahme der Laufzeitverlängerungen kehrt die  
112 Bundesregierung **teilweise** zum rot-grünen Atomkonsens von 2001 zurück, mit den  
113 festen Ausstiegsdaten wird das Ende der Atomkraft besser abgesichert. **Was**  
114 **gegenüber dem rot-grünen Konsens insbesondere fehlt, ist ein Baustopp oder**  
115 **Erkundungsmoratorium in Gorleben.** Zehn Jahre Kampf von Angela Merkel gegen  
116 den Ausstieg enden mit einer krachenden Niederlage. Die von den  
117 Regierungsfractionen jetzt vorgelegt Novelle des Atomgesetzes (AtG) nimmt die

geändert ohne Gewähr!  
Hinzugefügt ohne Gewähr!

118 Laufzeitverlängerung teilweise zurück, schaltet bis auf die – von uns abgelehnte weil  
119 unsinnige – Kaltreserve die sieben ältesten AKW plus den Pannenreaktor Krümmel  
120 endgültig ab und legt für alle restlichen AKW in Deutschland jeweils ein festes  
121 Abschaltdatum fest. Damit kommt Schwarz-Gelb Forderungen nach, die wir auch in  
122 den grünen Gesetzesanträgen formuliert haben und für die Hunderttausende auf die  
123 Straßen gegangen sind. Diese, wenn auch zu zaghaften Schritte der  
124 Bundesregierung begrüßen wir. Doch es bleiben viele Fragezeichen. So sollen  
125 sechs Atomkraftwerke erst in 10 Jahren, nach den Bundestagswahlen 2021,  
126 abgeschaltet werden. Das ist nicht unumkehrbar und ermöglicht durch die  
127 konzentrierte Abschaltung mehrerer AKWs am Ende des Zeitraumes eine erneute  
128 Revisionen des Atomausstiegs.

129 Außerdem haben sieben Atomkraftwerke wie Grohnde, Gundremmingen B und C,  
130 Isar II, Lingen, Phillipsburg II und Neckarwestheim II und Brokdorf durch die von  
131 Merkel vorgenommene Strommengenübertragung deutlich längere Laufzeiten als  
132 ursprünglich geplant. Eine reale Laufzeitverlängerung für diese Schrottreaktoren auf  
133 teilweise bis zu 38 Reaktorjahre können wir nicht mittragen. Gerade die Verlängerung  
134 bei den Fukushima-Reaktoren in Gundremmingen und dem erdbebengefährdeten  
135 Neckarwestheim ist die unverantwortlich! Wir haben daher als grüne  
136 Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf für einen verfassungssicheren  
137 Ausstiegsfahrplan bis 2017 ohne Strommengenübertragung eingebracht. Dazu  
138 stehen wir, weil er einen rechtssicheren und unumkehrbaren Atomausstieg bedeutet.  
139 Auch der Bundesratsantrag des grünen Umweltminister von Nordrhein-Westfalen  
140 Johannes Rimmel vermeidet reale Laufzeitverlängerungen und die geballte  
141 Abschaltung von 6 Atomkraftwerken um die Jahre 2021/2022.

142  
143 Voraussetzung für unsere Zustimmung zum von ihr vorgelegten AtG sind die  
144 rechtssichere und unumkehrbare Festschreibung des Atomausstiegs sowie  
145 umfangreiche Nachbesserungen. Wir haben nachgewiesen: Deutschland kann  
146 versorgungssicher und klimafreundlich bis spätestens 2017 komplett aus der  
147 Atomenergie aussteigen. Wir befürchten, dass der schlecht begründete  
148 Regierungsentwurf, keinen Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht haben  
149 würde, da er auf jegliche sicherheitstechnische Begründung verzichtet und gleiche  
150 Anlagen ungleich behandelt. Die AKW-Betreiber sehen sich in ihrem Grundrecht auf  
151 Eigentum verletzt, haben entsprechende Klagen angekündigt und würden sie  
152 wahrscheinlich auch gewinnen. Unser Gesetzentwurf hingegen ist sauber,  
153 sicherheitstechnisch begründet und schließt durch die zeitliche Staffelung eine  
154 Ungleichbehandlung der Atomkraftwerksbetreiber aus.

155  
156 Eingedenk der politischen Mehrheitsverhältnisse im Parlament machen wir eine  
157 Zustimmung zum AtG von rechtssicheren kürzeren Laufzeiten, einem Bauende in  
158 Gorleben und Nachbesserungen hinsichtlich der Sicherheitsfrage abhängig. Auch  
159 muss ein neues Atomgesetz eine gesetzliche Beendigung der Urananreicherung in

geändert ohne Gewähr!  
Hinzugefügt ohne Gewähr!

160 Gronau und der Brennelementeproduktion in Lingen beinhalten. Für den Fall, dass  
161 das Parlament in diesen Punkten nicht nachbessert, werden wir die AtG-Novelle  
162 ablehnen und unseren grünen Gesetzentwürfen und Änderungsanträgen zustimmen.  
163 Sicherheit hat für uns GRÜNE die höchste Priorität. Die Sofortabschaltung der  
164 gefährlichsten Reaktoren begrüßen wir als mutigen Schritt der Regierung Merkel.,  
165 Eine Gesetzesvorlage, welche die notwendigen Sofortmaßnahmen festschreibt,  
166 unterstützen wir, sofern sie vorgelegt wird.

167

168 Denn selbst bei der Rücknahme der eigenen Gesetze ist die Bundesregierung nicht  
169 konsequent. Sie hat nicht alle vorgenommenen Verschlechterungen zurück  
170 genommen.

- 171
- Jedes noch laufende AKW bleibt eine Gefahr, daher brauchen wir deutlich  
172 höhere Sicherheitsanforderungen als bisher. Umgehend müsste dafür der §  
173 7d, der die Sicherheitsstandards senkt, aus dem AtG gestrichen werden.  
174 Gegen diesen Paragraphen klagt die grüne Bundestagsfraktion vor dem  
175 Bundesverfassungsgericht. Außerdem muss die Bundesregierung endlich die  
176 noch vom grünen Bundesumweltminister Jürgen Trittin 2003 in Auftrag  
177 gegebene und seit über zwei Jahren endlich vorliegende Überarbeitung des  
178 Kerntechnischen Regelwerks per Gesetz in Kraft setzen. Die grün-rote  
179 Landesregierung in Baden-Württemberg hat bereits angekündigt, es  
180 entsprechend anzuwenden.

181 Aus diesem Grund ist es nicht akzeptabel, dass die Bundesregierung noch zwei  
182 Jahre lang eines der alten AKW als so genannte Kaltreserve vorhalten will. Dies ist  
183 energiewirtschaftlicher Unsinn, weil nur Gas- und Biomassekraftwerke im Bedarfsfall  
184 schnell und flexibel hochgefahren werden können. Und es ist unnötig gefährlich –  
185 auch die Fukushima-Reaktoren waren nicht am Netz, als die Kernschmelzen  
186 eintraten. Auch ist die behauptete 10 Gigawatt-Stromlücke zu Spitzenzeiten im  
187 Winter nicht belegt. Das Ökoinstitut hat errechnet, dass etwaige Stromlücken mit der  
188 vorhandenen konventionellen Kraftwerksreserve abgedeckt werden können. Darüber  
189 hinaus besteht die Möglichkeit, Verbrauchsspitzen gezielt abzusenken  
190 (Lastmanagement). Dies wird bislang noch so gut wie gar nicht genutzt, aber  
191 inzwischen sogar von den großen Industrieunternehmen positiv bewertet.

192

### 193 **Kein Atommüllendlager in Gorleben**

194 In die Endlagerfrage ist endlich Bewegung gekommen, ausgelöst durch die  
195 Bereitschaft der neuen grün-roten Landesregierung, eine Endlagersuche auch in  
196 Baden-Württemberg zuzulassen. Die Bundesregierung hat aber trotz der jüngsten  
197 Zusagen an die MinisterpräsidentInnen noch keinen Schwenk in ihrer Endlagerpolitik  
198 vorgenommen. Stattdessen wird in Gorleben weitergebaut, ein konkreter Vorschlag  
199 für eine ergebnisoffene, bundesweite Endlagersuche wurde von der  
200 Bundesregierung bislang nicht vorgelegt. Genau das aber erwarten wir, wenn die

geändert ohne Gewähr!  
Hinzugefügt ohne Gewähr!

201 Ankündigungen vom bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer ernst gemeint sein  
202 sollen.

- 203 • Wir bleiben dabei: Der Bau des Endlagers in Gorleben muss sofort beendet  
204 werden. Gorleben als Endlagerstandort ist geologisch ungeeignet und politisch  
205 verbrannt. Wir brauchen ein Endlagersuchgesetz. **Gorleben kann genauso**  
206 **wenig Standort im Vergleichsverfahren sein, wie die gescheiterten Standorte**  
207 **Asse und Morsleben solchen Kriterien standgehalten hätten.** Die  
208 Bundesregierung muss jetzt einen **endgültigen** Baustopp in Gorleben  
209 aussprechen. Und sie muss ein ergebnisoffenes, bundesweit vergleichendes  
210 Endlagersuchverfahren **ohne den Standort Gorleben** auf den Weg bringen.

211 **Eine Zustimmung zu einem AtG, welches die im letzten Herbst eingefügte**  
212 **Enteignungsklausel enthält, die auf einen schnellen Ausbau in Gorleben abzielt, ist**  
213 **für uns ausgeschlossen.**

#### 214 **Der Kampf um die Energiewende und den Atomausstieg geht weiter**

215 **Merkels Atomwende mag ein gewaltiger Schritt für die CDU/CSU/FDP Regierung**  
216 **sein, für uns als GRÜNE, ist sie das nicht. Merkels „Irrtumskorrekturgesetz“ mit einer**  
217 **Rückkehr zum Zustand vor der Laufzeitverlängerung, bleibt weiter hinter den**  
218 **gesellschaftlichen Anforderungen zurück. Grün geht da weiter. Auch wir Grüne haben**  
219 **nach Fukushima gelernt, dass wir den Ausstieg noch mehr beschleunigen müssen.**  
220 **Unser Länderrat hat daher einen Ausstieg innerhalb einer Legislaturperiode nach**  
221 **grüner Regierungsbeteiligung (bis 2017) als grünes Minimalziel erklärt. Darüber sind**  
222 **wir zu Gesprächen bereit, aber diese Verhandlungen müssen von der**  
223 **Bundesregierung auch gewollt sein. Wir werden unsere Zustimmung zum**  
224 **Gesetzespaket der Bundesregierung dann geben, wenn die Bundesregierung die von**  
225 **uns als notwendig erachteten Bedingungen als Teil ehrlicher Konsensverhandlungen**  
226 **akzeptiert und die geforderte Einbeziehung der wesentlichen, am Thema**  
227 **interessierten gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere der Organisationen der Anti**  
228 **AKW-Bewegung unmissverständlich umsetzt und am Ende ein tatsächliches,**  
229 **konsensuales Gesetzespaket zur Abstimmung steht. Sollte ein Konsens nicht zu**  
230 **erzielen sein, dann werden wir 2013 zum Wahlkampf für die überfällige**  
231 **Energiewende machen, um den breiten gesellschaftlichen Konsens für den**  
232 **schnellstmöglichen Ausstieg ringen und mit der Umsetzung der notwendigen grünen**  
233 **Energiewende unmittelbar nach den Wahlen beginnen.**

- 234 • Wir müssen und werden die Sicherheit der noch laufenden AKW deutlich  
235 verbessern, das ist die Lehre aus Fukushima. Wir wollen daher die  
236 Sicherheitsanforderungen erhöhen, das Kerntechnische Regelwerk zügig  
237 weiterentwickeln und entsprechende Nachrüstung an den AKW durchsetzen.  
238 Alle AKW müssen den Nachweis erbringen, dass ein Absturz eines  
239 Passagierflugzeugs nicht zu einer nuklearen Katastrophe führt. Wenn  
240 Nachrüstungen erforderlich werden, darf deren Anordnung durch die



- 241 Atomaufsicht nicht zu Entschädigungspflichten der Allgemeinheit gegenüber  
242 den Betreibern führen. Wir wollen die entsprechende Passage im Atomgesetz  
243 streichen.
- 244 • Der Strahlenschutz muss für das gesamte AKW-Personal deutlich verbessert  
245 werden.
  - 246 • Wir werden endlich die ergebnisoffene, bundesweit vergleichende Suche nach  
247 dem bestmöglichen Standort für ein Atommüllendlager umsetzen und den Bau  
248 des Endlagers in Gorleben beenden. Die Bergung im absaufenden „End“lager  
249 Asse muss zügig angegangen werden. Wir bleiben bei unserer Forderung, die  
250 AKW-Betreiber gemäß ihrem Anteil von über 80 Prozent am radioaktiven  
251 Potential in der Asse an den Kosten zu beteiligen.  
252
  - 253 • Wir werden die Atomkraftwerke bis 2017 rechtssicher und geordnet  
254 abschalten.
  - 255 • Wir wollen die gesetzlich vorgeschriebenen Rückstellungen der Atomkonzerne  
256 für den Rückbau der AKW und die Entsorgung des Atommülls sicher in die  
257 öffentliche Hand überführen. Beim Rückbau der Atomanlagen werden wir auf  
258 höchstmögliche Sicherheitsstandards und umfassende  
259 Öffentlichkeitsbeteiligung achten.
  - 260 • Zu einem konsequenten und glaubwürdigen Atomausstieg müssen letztlich  
261 alle Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs wie die Urananreicherungsanlage  
262 Gronau oder die Brennelementproduktion Lingen geschlossen werden.
  - 263 • Wir wollen die Brennelementsteuer solange erheben, wie die AKW am Netz  
264 sind und schrittweise anheben. Dadurch werden die ungerechtfertigten  
265 ökonomischen Vorteile der Atomkraftwerke verringert. Wahre Preise entziehen  
266 der Atomenergie ihre ökonomische Basis.
  - 267 • Wenn der Ausstieg wirklich glaubwürdig sein soll, dann muss Deutschland  
268 endlich aufhören, den Bau von Atomkraftwerken anderswo zu unterstützen. Es  
269 darf keine Hermes-Kredite für den Bau von AKW, wie für Angra 3 in Brasilien,  
270 mehr geben.
  - 271 • Forschungsgeld darf nicht mehr in die Entwicklung atomarer Technologien  
272 fließen, sondern in Zukunftstechnologien wie Speichersysteme. Der  
273 Erforschung und Entwicklung neuer atomarer Großtechnologien wie  
274 Kernfusion und Transmutation erteilen wir eine klare Absage.
  - 275 • Die Atomkraftwerksbetreiber haben bislang die Risiken der Atomenergie  
276 sozialisiert. Das real gewordene Restrisiko muss versichert werden. Wir  
277 wollen die Versicherungspflicht, die sogenannte Deckungsvorsorge, deutlich

278 anheben. Wenn am Versicherungsmarkt keine Deckung zu erzielen ist, sollten  
279 die Betreiber verpflichtet werden, ihre Risiken beim Staat gegen Gebühr zu  
280 versichern.

- 281 • Euratom muss endlich beendet werden.

282

### 283 **Die Zukunft ist erneuerbar, effizient und energiesparsam**

284 Der Ausstieg aus der Atomkraft ist aber nur die eine Seite der Medaille, die andere ist  
285 der schnelle Umstieg auf Erneuerbare Energien und ein konsequenter Klimaschutz.  
286 Wir Grüne haben insbesondere mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz den  
287 Umstieg vor gut zehn Jahren eingeleitet und ihn gegen den erbitterten Widerstand  
288 von Schwarz-Gelb verteidigt.

289 Gerade jetzt ist die Zeit, weiter Druck für eine echte grüne Energiewende zu machen.  
290 Wir müssen raus aus der Atomkraft, endgültig und zügig – und ohne Nostalgie für  
291 Kohle und Öl. Deutschland hat die gesellschaftlichen, technologischen und  
292 ökonomischen Möglichkeiten, bereits bis 2030 vollständig auf erneuerbaren Strom  
293 umzusteigen. Diese Chance wollen wir nutzen. Denn anders als die derzeitige  
294 Bundesregierung haben wir Grüne ein Konzept, wie die Energiewende  
295 schnellstmöglich und sicher gelingen kann:

- 296 • Bis 2020 wollen wir den Anteil der Erneuerbaren Energien an der  
297 Stromerzeugung deutlich über 40 Prozent erhöhen. Kurzfristig setzen wir vor  
298 allem auf die Windkraft an Land und Solarstrom, mittelfristig werden  
299 Windparks auf See immer mehr Strom liefern. Bioenergie wollen wir nachhaltig  
300 machen und bedarfsorientiert erzeugen, damit sie gemeinsam mit Geothermie  
301 und naturverträglicher Wasserkraft, den Speichermöglichkeiten in  
302 Skandinavien und dem Alpenraum sowie neuen Speichern  
303 Angebotsschwankungen bei Wind- und Solarstrom klimafreundlich  
304 ausgleichen kann.
- 305 • Flexibel, dezentral, beteiligungsorientiert und klimaverträglich – so sieht die  
306 grüne Energieerzeugung der Zukunft aus. Für neue Kohlekraftwerke ist in  
307 diesem System kein Platz! Den Neubau von Kohlekraftwerken wollen wir  
308 durch verbindliche hohe Anforderungen an die Effizienz- und Flexibilität  
309 unterbinden. Wir setzen in der Übergangszeit auf flexible Gaskraftwerke und  
310 Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) zur Stabilisierung der  
311 Stromversorgung. Dazu wollen wir die Förderbedingungen für KWK  
312 verbessern sowie als neues Instrument Kapazitätsmärkte einführen, die nicht  
313 nur den erzeugten Strom, sondern auch die Bereitstellung von Kraftwerken  
314 ökonomisch honorieren. Dadurch wird ein Marktimpuls zur Investition in  
315 effiziente und hochflexible Kraftwerke gesetzt, den wir perspektivisch auf den



- 316 Umbau des Stromsystems hin zu erneuerbaren Energien und besonders auf  
317 die Einbindung neuer Speicherkapazitäten hin ausweiten wollen.
- 318 • Grün macht Ernst mit dem Energiesparen. Bis 2020 wollen wir den Verbrauch  
319 um 20 Prozent senken. Mit einem Mix aus konkreten Energiesparvorgaben,  
320 besserer Beratung und Information sowie unbürokratischer und höherer  
321 Förderung ist das zu schaffen. Wesentliche Grundlage ist ein neues  
322 Energieeffizienzgesetz mit verbindlichen Zielen, Sparvorgaben für  
323 Energieversorger und Energie-Audits für Unternehmen.
  - 324 • Wir wollen darüber hinaus die Energiesparförderung deutlich aufstocken. Das  
325 Gebäudesanierungsprogramm soll auf jährlich 2 Mrd. Euro erhöht und  
326 verstetigt werden. Zusätzlich wollen wir einen neuen Energiesparfonds in  
327 Höhe von 3 Mrd. Euro einrichten, aus dem Information und Beratung,  
328 Stromsparmaßnahmen sowie die energetische Sanierung in Quartieren mit  
329 hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte gefördert werden. Wir wollen  
330 zugleich die Rechte der Mieter stärken, die Kosten der energetischen  
331 Sanierung gerecht auf Vermieter und Mieter verteilen und die  
332 Modernisierungsumlage von 11 auf 9 Prozent senken.
  - 333 • Wir stellen uns der großen Herausforderung, die Energieinfrastruktur in den  
334 kommenden Jahren auf die vollständige Umstellung auf Ökostrom  
335 auszurichten. Wir wollen einen Netzausbau unter öffentlicher Kontrolle auf der  
336 Grundlage eines „Bundesplan Stromnetze“, der auf transparenten Daten  
337 basiert und in einem demokratischen Diskurs legitimiert wird, sowie eine  
338 verbindliche Bund-Länder-Initiative zur Beschleunigung der  
339 Planungsprozesse. Wir tragen die Beschleunigung beim Netzausbau mit,  
340 solange Bürgerbeteiligung ausgebaut und verbessert wird. Für uns steht die  
341 frühzeitige und umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beim  
342 Trassenbau an erster Stelle, um ihre tatsächlichen Einflussmöglichkeiten und  
343 die demokratische Teilhabe vor Ort sicherzustellen. Wir wollen den Einsatz  
344 von Erdkabeln deutlich vereinfachen und zumindest Teilverkabelung auf allen  
345 Neubautrassen ermöglichen. Mehrkosten sollen von der Bundesnetzagentur  
346 anerkannt und auf die Netzentgelte umgelegt werden können.
  - 347 • Wir wollen durch die Erschließung neuer Speicher die Voraussetzung für eine  
348 vollständige und sichere Versorgung aus erneuerbaren Energien schaffen.  
349 Eine dezentrale Energiestruktur sowie die Modernisierung der Verteilnetze  
350 können den Speicherbedarf und den Ausbaubedarf von  
351 Hochspannungsnetzen deutlich senken. Wir wollen durch neue Kabel zu den  
352 Wasserspeichern Skandinaviens und in den Alpen kurzfristige  
353 Speicherkapazitäten erschließen und heute Geld und Know-How in die  
354 Entwicklung neuer Speicherlösungen, etwa die Erzeugung von Wind- bzw.  
355 Solargas (Methanisierung), stecken.
- 356

geändert ohne Gewähr!  
Hinzugefügt ohne Gewähr!

357 Wir sehen in der Energiewende in Deutschland gerade auch erhebliche Chancen für  
358 den internationalen Klimaschutz und das Erreichen des Zwei-Grad-Ziels. Wenn ein  
359 Industrieland wie Deutschland sich aufmacht in ein Zeitalter ohne Atom und Kohle,  
360 hat das international eine erhebliche Signalwirkung. Angesichts einer Realität von  
361 bereits mehreren Millionen von Klimaflüchtlingen weltweit müssen konkrete Projekte  
362 vor allem in den ärmsten Ländern der Welt unterstützt und realisiert werden. Das ist  
363 nur möglich, wenn die für den internationalen Klimaschutz zugesagten Gelder ohne  
364 Abstriche zu Verfügung stehen. Doch die Bundesregierung belastet den Energie- und  
365 Klimafonds mit zusätzlichen Ausgaben wie der Strompreiskompensation für  
366 energieintensive Branchen oder den Förderprogrammen für Elektromobilität, ohne  
367 dass sie die Einnahmen entsprechend erhöht. So wird der internationale Klimaschutz  
368 auf die lange Bank geschoben und damit eine wichtige Chance vergeben. Und so  
369 wird dem Prinzip der internationalen Klimagerechtigkeit und Solidarität Hohn  
370 gesprochen.

371 Das Konzept der Grünen Energiewende zeigt, wie sehr im Gegensatz dazu die  
372 schwarz-gelbe Bundesregierung in der Energie- und Klimapolitik im Gestern verharrt.  
373 Deswegen beurteilen wir die Vorschläge, die uns die Bundesregierung in insgesamt  
374 acht Gesetzesvorhaben zum Atomausstieg und zur Energiewende vorlegt,  
375 differenziert. Vieles ist mit der heißen Nadel gestrickt. Vieles ist halb gar, einiges  
376 ganz falsch. Einige Schritte gehen in die richtige Richtung, aber reichen bei weitem  
377 noch nicht aus. Den Atomausstieg wollen wir unterstützen – eine unsinnige  
378 Kaltreserve, mangelhafte AKW-Sicherheit, fehlende Endlagersuche und eine  
379 Energiewende, die zurück zur Kohle will, sind für uns dagegen nicht  
380 zustimmungsfähig.

381

382 **Seit mehr als 30 Jahren kämpfen wir konsequent für den Atomausstieg und**  
383 **den Einstieg in die Erneuerbaren Energien. Eine wichtiger Sieg ist nun**  
384 **errungen, aber der Kampf geht weiter: für die Abschaltung aller**  
385 **Atomkraftwerke und die Lösung des Atommüllproblems, für den kompletten**  
386 **Umstieg unserer Energieversorgung auf erneuerbare Quellen, für besseren**  
387 **Klimaschutz und internationale Klimagerechtigkeit – und gegen schwarz-gelbe**  
388 **Bremser und Rollback-Versuche der Konzerne.**

389 **Als erstes Industrieland kann Deutschland die Energiewende schaffen – und**  
390 **wir Grüne sind dafür die treibende politische Kraft.**

391 **Auf GRÜN kommt's an!**

392

393 **Begründung:**

geändert ohne Gewähr!  
Hinzugefügt ohne Gewähr!

394 Die AntragstellerInnen haben sich entschieden, diesen Antrag als Globalalternative  
395 zum Leitantrag des Bundesvorstandes zu stellen und stellen dabei zunächst  
396 eindeutig fest, dass es in unserer Grünen Partei keinen Dissens über unsere Ziele in  
397 der Frage des Atomausstiegs und der damit verbundenen Energiewende gibt. Wir  
398 stehen hierin geschlossen zusammen und fest an der Seite der Bewegung, der  
399 Umweltverbände und der Bürgerinnen und Bürger! Darum haben wir diesen Antrag  
400 nahe am Leitantrag des Bundesvorstandes formuliert und lediglich die Frage des  
401 kurzfristigen taktischen und mittelfristig strategischen Verhaltens unserer Partei  
402 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegenüber der anstehenden Abstimmung der von der  
403 Bundesregierung vorgelegten Atomgesetznovelle berücksichtigt und in unserem  
404 Sinne eingearbeitet.

405

406 Die Geschichte der Bundesrepublik hat gezeigt, dass die Frage der  
407 Energiewirtschaftsstruktur hierzulande immer eine Machtfrage gewesen ist. Wir  
408 nehmen daher sehr wohl zur Kenntnis, dass Angela Merkel bei den  
409 Laufzeitverlängerungen gegenüber der Mehrheit in der Bevölkerung zurückrudern  
410 musste, dass sie nun die ältesten Reaktoren vom Netz nimmt und wir begrüßen dies  
411 ausdrücklich.

412

413 Unsere Erfahrung mit der Bundeskanzlerin und dieser Regierung sind aber auch:  
414 Prinzipienlosigkeit und Wendemanöver nach Tagesaktualität. Am Ende ist dieser  
415 vermeintliche „Konsens“ daher einer mit vielen Hintertüren, der uns nur mittelfristig  
416 an einen prinzipiell umkehrbaren, viel zu unambitionierten und gegenüber den  
417 Stromkonzernen nicht rechtssicher definierten Weg binden würde.

418

419 Wir sagen daher nicht „Nein“ zum Atomausstieg. Wir stimmen diesem Ausstieg zu,  
420 wenn für uns unhintergehbare, weil sachlich und politisch gebotene Voraussetzungen  
421 für einen echten Atomausstieg und eine echte Energiewende gegeben sind. Dies ist  
422 in der nun vorgelegten Novelle des Atomgesetzes nicht der Fall.

423

424 Dieser Antrag ist darum als eine konditioniertes „Ja“ zum Atomausstieg von Schwarz-  
425 Gelb zu verstehen. Aber ohne die von uns formulierten Bedingungen sind wir nicht zu  
426 haben. Alle gesellschaftlichen und politischen Akteure in diesem Land wissen um  
427 unseren langen Kampf und unsere Rolle in der Frage des Atomausstiegs und in der  
428 Energiewende. Darum lassen wir uns nicht von interessierter Seite in die Ecke einer  
429 „Dagegen-Partei“ drängen, wo wir längst bewiesen haben, dass wir die Partei „dafür“  
430 sind, für eine andere, erneuerbare, demokratische und dezentrale  
431 Energiewirtschaftsstruktur.

432

433 Wir sind einmal angetreten, um dieses Land zu verändern. Und wir haben es  
434 verändert. Aber wir sind noch lange nicht da angekommen, wo wir ankommen wollen:  
435 In einer Gesellschaft, die ihre natürlichen Lebensgrundlagen auch für unsere Kinder  
436 und Kindeskinde erhält. Angela und Merkel und die Bundesregierung haben nur  
437 einen kleinen Schritt dorthin getan, weil sie ihn aufgrund einer schlimmen  
438 Katastrophe tun mussten. Es spricht nichts dafür, dass wir uns diesem Tempo jetzt  
439 angleichen und den großen, erfolgreichen Schwung unserer politischen Bewegung  
440 nun ohne Not verlangsamen.

441

442 Unsere Erfolge der letzten Jahre und Monate sind nicht vom Himmel gefallen oder  
443 der Tagesaktualität geschuldet. Sie sind ein Durchbruch, den wir jetzt nicht aufs Spiel  
444 setzen dürfen, indem wir die Wendemanöver von Merkel nicht genau als das  
445 benennen, was sie sind: ein Hinterherrennen auf Zeit, um die Machtopion nicht zu  
446 verlieren – und zwar solange, bis der Wind sich wieder dreht.

447

448 UnterzeichnerInnen:

449

- 450 1. Martina Lammers, KV Lüchow-Dannenberg, KV-Sprecherin
- 451 2. Hans-Christian Ströbele, KV Friedrichshain-Kreuzberg, MdB
- 452 3. Miriam Staudte, MdL (Stellv. Fraktionsvorsitzende im Landtag Niedersachsen,  
453 Wahlkreis Elbe/Gorleben
- 454 4. Christian Meyer, KV Holzminden, MdL
- 455 5. Filiz Polat, MdL Niedersachsen KV Osnabrück Land
- 456 6. Hans-Christian Markert, KV Rhein-Kreis Neuss, MdL
- 457 7. Andrea Asch, KV Köln, MdL
- 458 8. Alexander Salomon, KV Karlsruhe, MdL Baden-Württemberg
- 459 9. Stefan Ziller, KV Marzahn-Hellersdorf, MdA Berlin
- 460 10. Jörg Rupp, KV Karlsruhe, Landesvorstand Baden-Württemberg
- 461 11. Florian Wilsch, München-Stadt, Polit. Geschäftsführer der GJ Bayern
- 462 12. Christina Stobwasser, Greifswald-UeckerPeene, Sprecherin der Grünen  
463 Jugend MV
- 464 13. Irene Mihalic, KV Gelsenkirchen
- 465 14. Robert Zion, KV Gelsenkirchen
- 466 15. Peter Alberts, KV Münster
- 467 16. Ralf Henze, KV Odenwald-Kraichgau
- 468 17. Tobias Balke, KV Charlottenburg-Wilmersdorf
- 469 18. Manfred Lorenschat, Oberhausen, Bürgermeister
- 470 19. Elke Mundhenk, Grüne Stadträtin, Dannenberg , Frakt.Vors. Grünen-  
471 Kreistagsfraktion Lüchow-Dannenberg
- 472 20. Karl -Otto Porip, KV Lüchow-Dannenberg
- 473 21. Benedict Mette, KV Heidelberg

geändert ohne Gewähr!  
Hinzugefügt ohne Gewähr!

- 474 22. Maren Ramm, KV Lüchow-Dannenberg
- 475 23. Simone Heitz, Neckar-Odenwald, Kreisrätin und Gemeinderätin
- 476 24. Daniel Kanzleiter, Heidelberg
- 477 25. Simon Lissner, Kreisverband Limburg-Weilburg, Mitglied des Kreisvorstands
- 478 26. Irene Mihalic, KV Gelsenkirchen
- 479 27. Claudia Laux, KV Ahrweiler
- 480 28. Anna Seliger, KV München, Bezirksausschuss Mitglied
- 481 29. Dennis Melerski, KV Gelsenkirchen
- 482 30. Martin Püschel, KV Kleve
- 483 31. Sebastian Krieg, RV Wartburgkreis / Stadt Eisenach
- 484 32. Carolin Friedemann, RV Hannover
- 485 33. Karen Haltaufderheide, KV Ennepe-Ruhr
- 486 34. Stefanie Dolling, KV Weimar
- 487 35. Wilhelm Achelpöhler, KV Münster
- 488 36. Meta Janssen-Kucz, KV Leer
- 489 37. Swen Mueller, KV Steinfurt
- 490 38. Ralph Hoffmann, KV Nürnberg-Stadt
- 491 39. Martina Haardt, KV Lauenburg
- 492 40. Christian Trützel, KV Bonn, Stadtverordneter Bonn
- 493 41. Hilly Gosch, KV Schleswig-Flensburg
- 494 42. Markus Rainer, KV Fürstenfeldbruck, Kreisrat
- 495 43. Helmut Blöcker, KV Braunschweig
- 496 44. Ruth Birkle, KV Karlsruhe-Land
- 497 45. Florian Schwabe, KV Marzahn-Hellersdorf
- 498 46. Ralph Hoffmann, KV Nürnberg-Stadt
- 499 47. Andrea Gesell, KV Rhein-Sieg
- 500 48. Andreas Falkowski, KV Bonn
- 501 49. Martin Köhler, KV Mittelmark-Fläming, Vorsitzender der Kreistagsfraktion
- 502 B90/GRÜNE Potsdam-Mittelmark
- 503 50. Tim Peters, SV Oldenburg
- 504 51. Benedikt Wildenhain, KV Essen, Delegierter BAG Medien und Netzpolitik
- 505 52. Norbert Dick, KV Schleswig-Flensburg, Stadtvertreter im Stadtrat Kappeln
- 506 53. Karsten Finke, KV Bochum
- 507 54. Uli Cremer, KV Hamburg-Eimsbüttel
- 508 55. Harald Fischer, KV Main Taunus
- 509 56. Marcel Gießwein, KV Ennepe-Ruhr, Kreistagsmitglied EN-Kreis
- 510 57. Krystyna Grendus, KV Odenwald-Kraichgau
- 511 58. Judith Hasselmann, KV Köln
- 512 59. Erika Fritsche, KV Rhein-Lahn, Kreistags- und Verbandsgemeinderatsmitglied
- 513 60. Gerhard Fritsche, KV Rhein-Lahn, OV-Vorstand
- 514 61. Sven Golob, KV Berlin Mitte
- 515 62. Martina Haardt, KV Lauenburg, Vorstand
- 516 63. Evita Haupt, KV Limburg-Weilburg
- 517 64. Dietmar Beckmann, KV Duisburg, Sprecher OV Duisburg-West/Ruhrort
- 518 65. Björn Eckert, KV Siegen-Wittgenstein, Sprecher OV Kreuztal
- 519 66. Achim Joest, KV Bonn
- 520 67. Gabriela Schuchalter-Eicke, KV Wiesbaden
- 521 68. Bärbel Röhner, KV München-Stadt

- 522 69. Harald Perlitius, KV Städteregion Aachen, Geschäftsführer Grüne  
523 Stadtratsfraktion Alsdorf  
524 70. Gerhard Fontagnier, KV Mannheim, Stadtrat  
525 71. Peter Clamor, KV Wesermarsch  
526 72. Susanne Sperling, KV Wuppertal  
527 73. Michael Rüpp, KV Soest, Sprecher im Ortverband Lippstadt  
528 74. Andreas Lösche, KV Bamberg-Land, Kreisvorstand  
529 75. Eva-Maria Markert, KV Aalen/Ellwangen, Ortsvorstand  
530 76. Heiko Tollkien, KV Bielefeld  
531 77. Sebastian Heilmann, KVLüneburg  
532 78. Thomas Reimeier, KV Lippe  
533 79. Valérie Vivienne Nitsche, KV Euskirchen, Sprecherin LAG Queer  
534 80. Beatrice Ermisch-Aufermann, KV Hamm  
535 81. Yildiz Yüce, KV Lübeck, Vorstand  
536 82. Jule Kuhlmann, KV Köln  
537 83. Manfred Hierdeis, KV Nürnberg-Stadt, Vorstand  
538 84. Jürgen Kasek, KV Leipzig  
539 85. Hartmut Wauer, KV Wangen, Kreisvorstand  
540 86. Claude Unterleitner, KV München-Stadt  
541 87. Matthias Altmann, KV Weimarer Land  
542 88. Tobias Edling, KV Potsdam  
543 89. Christian Mose, GAL, KV Bamberg Stadt, ehemaliger Stadtrat der GAL  
544 90. Annette Mückler, KV Siegen-Wittgenstein  
545 91. Rüdiger Bender, KV Erfurt  
546 92. Oliver Schlickau, KV Worms, Kassierer  
547 93. Dr. Frank Brozowski, KV Dessau-Roßlau  
548 94. Monika Herrmann, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Bezirksstadträtin  
549 95. Hartmut Rieg, KV Karlsruhe  
550 96. Sebastian Schubert, KV Euskirchen  
551 97. Stefan Volpert, KV Heinsberg  
552 98. Birgit Beisheim, KV Duisburg  
553 99. Anett Ludwig, KV Leipzig, AK Umwelt und Klimaschutz  
554 100. Sigrun Katscher, KV Dortmund, Beisitzerin im KV-Vorstand  
555 101. Johannes Krehl, KV Münster  
556 102. Guido Bachem, KV Euskirchen, Stadtrat Euskirchen  
557 103. Thomas Giese, KV Pinneberg, Fraktionsvorsitzender im Kreistag  
558 104. Robert Kahnis, Kreisverband Marburg-Biedenkopf  
559 105. Matthias Bihn, Stadtverband Worms  
560 106. Hüseyin Inak, KV Pinneberg, Ratsherr der Stadt Wedel  
561 107. Annemie Dick, KV Schleswig-Flensburg, Vorstandssprecherin OV Kappeln  
562 108. Linda Bell, KV Euskirchen, Stadtrat  
563 109. Markus Wagener, KV Köln  
564 110. Florian Lany, KV Hohenlohe, Kreisvorsitzender  
565 111. Lars Andersen, KV Hamburg-Altona  
566 112. Markus Gebhardt, KV Leipzig  
567 113. Ralf Müller, KV Saarpfalz-Kreis  
568 114. Johannes Krehl, KV Münster  
569 115. Jonas Hartmann, KV Darmstadt-Dieburg  
570 116. Michael Hoffmeier, KV Eichsfeld (Thüringen), Kreissprecher



geändert ohne Gewähr!  
Hinzugefügt ohne Gewähr!

- 571 117. Joachim Langbein, KV Rhein-Sieg  
572 118. Felix Lütke, KV Wesel  
573 119. Fabian Nehring, KV Rostock  
574 120. Gabriel Tiedje, KV Steglitz-Zehlendorf  
575 121. Andrea Jeßberger, KV Würzburg-Land, Grüne Ortsvorsitzende von  
576 Gerbrunn  
577 122. Sarah Wetzel, KV München  
578 123. Michael Bloss, KV Dresden  
579 124. Karsten Ludwig, KV Krefeld  
580 125. Florian Wilhelm, KV Ravensburg  
581 126. Walter Heichel, KV Aalen/Ellwangen  
582 127. Sven Gerhards, KV Bad Homburg  
583 128. David Hilzendingen, KV Worms, Kreisvorstand  
584 129. Joachim Schäfer, KV Frankfurt am Main  
585 130. Barbara Altmann, KV Weimarer Land  
586 131. Antje Lehnert-Jacobsohn, KV Dortmund  
587 132. Marc Tuna, Kreisverband München  
588 133. Kiki Laaser, GAL Bamberg, Bezirksvorstand Oberfranken und Stadträtin  
589 134. Frank Meyer, KV Dortmund, Bezirksvertreter BV Lütgendortmund  
590 135. Oliver Priem, KV Mannheim,  
591 136. Klaas Ansmann, KV Ammerland  
592 137. Rolf Tetzlaff-Gahrman, KV Lübeck  
593 138. Martina Müller, KV Hochsauerlandkreis, Fraktionssprecherin im  
594 Landschaftsverband Westfalen-Lippe  
595 139. Heiko Wundram, KV Celle  
596 140. Björn Láczy, KV Landshut-Stadt  
597 141. Matthias Dudde, KV Dortmund  
598 142. Matthias Albrecht, KV Lippe  
599 143. Werner Hager, KV Rheinisch-Bergischer Kreis  
600 144. Steffen Hoppe, KV Gütersloh, Sprecher OV Versmold  
601 145. Henning Reiniger, KV Karlsruhe  
602 146. Werner Schmidt, KV Fürth Stadt, Sprecher LAK Verkehr-Planen-Bauen  
603 Bayern  
604 147. Erhard Grundl, KV Straubing-Bogen, Stadtrat in Straubing  
605 148. Michael Werkmeister, KV Dortmund  
606 149. Julian Karwath, Freiburg  
607 150. Jürgen Klippert, KV Hagen, Sprecher des Kreisverbands  
608 151. Felix Banaszak, KV Berlin-Neukölln  
609 152. David Hartmann, KV Friedrichshain-Kreuzberg  
610 153. Kristine Jaath, KV Friedrichshain-Kreuzberg  
611 154. Erika Beyhl, KV Rhein-Sieg, Ratsmitglied Ruppichterath  
612 155. Shalina Carla Kimpling, KV Nordvorpommern, Kreistagskandidatin NVP  
613 156. Andrea Schwarz, KV Karlsruhe Land, Gemeinderätin  
614 157. Konstantin Schrader, KV Hamburg-Eimsbüttel  
615 158. Claudia Nobel, SV Oldenburg  
616 159. Dirk-Claas Ulrich, Göttingen, Stadtvorstand  
617 160. Sascha Feldes, KV MainKinzig, Ortsvorsteher Hanau Klein-Auheim und  
618 Stadtverordneter Hanau  
619 161. Christian Michalak, KV Bochum

geändert

ohne Gewähr!

Hinzugefügt

ohne Gewähr!

- 620 162. Tanja Kluth, KV Karlsruhe, Stadträtin in Karlsruhe  
621 163. Maik Babenhauserheide, Herford, Sprecher des OV Enger, Mitglied im  
622 Kreisvorstand  
623 164. Peter Clamor, Wesermarsch, Vorstandssprecher OV Berne/Lemwerder  
624 165. Patrick Gabler, Kempten (Allgäu), Mitglied im Kreisvorstand  
625 166. Christiane Dreesen, KV Schleswig-Flensburg, Kreisvorstandssprecherin  
626 167. Wulf Hilbig, Ortsverband Hanau, ehrenamtlicher Magistrat  
627 168. Michael Borner, KV Karlsruhe, Stadtrat in Karlsruhe  
628 169. Hans-Werner Pütz, KV Euskirchen, Ratsmitglied  
629 170. Florian Ruf, KV ortenau, Sprecher der Grünen Jugend Ortenau  
630 171. Walther Heuner, Dortmund, OV-Sprecher DO-Aplerbeck  
631 172. Hilke Schwingeler, Dortmund, Kreisvorstandssprecherin  
632 173. Pia Paust-Lassen, Friedrichshain-Kreuzberg  
633 174. Marcus Blumtritt, RV Hannover  
634 175. Thomas Dabergott, KV Lüneburg  
635 176. Horst Schmidt, KV Main-Kinzig, Fraktionsvorsitzender Gemeindevertretung  
636 177. Florian Fröhlich, Rostock, Sprecher Grüne Jugend Rostock  
637 178. Ingrid Täger, KV Recklinghausen, Sprecherin OV Waltrop  
638 179. Gregor Kochhan, KV Greifswald-Uecker-Peene, Vorstandsmitglied  
639 180. Bernd Michael Heuer, Kv Schleswig-Flensburg, Mitg. des Vorst. Kappeln  
640 181. Kai Lenzian, RV Hannover  
641 182. Andreas König, Kreisverband Limburg-Weilburg, Fraktionsvorsitzender Bad  
642 Camberg  
643 183. Sergej Oster, Kreisverband Limburg-Weilburg, Mitglied des Kreisvorstand  
644 184. Thomas Wälter, KV Hochsauerland, Sprecher OV Arnsberg  
645 185. Johannes Hartkens, KV Stade  
646 186. Anja Munser, KV Rostock, Bürgerschaftsmitglied  
647 187. Clemens Rostock, KV Oder-Spree  
648 188. Christian Saftig, KV Mainz  
649 189. Britta Hegemann, KV Oberhavel  
650 190. Dorothee Kroll, KV Euskirchen, Fraktionssprecherin Stadtratsfr. Euskirchen  
651 191. Christine Denz, KV Neckar-Odenwald, Vorsitzende Kreisverband und  
652 Kreistagsfraktion  
653 192. Peter Madjarov, KV Greifswald-Uecker-Peene  
654 193. Christian Hinrichs, KV Stade  
655 194. Johann Stachowiak, Cloppenburg  
656 195. Wolfgang Böhm, KV Gütersloh, Ratsmitglied in Werther  
657 196. Jörg Rutzen, KV Hannover, Vorsitzender OV Ronnenberg  
658 197. Gunther Toffel, KV Northeim-Einbeck  
659 198. Claudia Schumann, KV Wismar-NWM  
660 199. Siegfried Leittretter, KV Marzahn-Hellersdorf  
661 200. Dietlinde Bader-Glückner, KV Karlsruhe-Land, Sprecherin LAG Ökologie  
662 201. Andreas Blanke, KV Oberhausen, Vorstandssprecher  
663 202. Matthias Schneider, KV Duisburg, Sprecher KV Duisburg  
664 203. Roman Kollar, KV Coburg-Stadt, Vorstandssprecher  
665 204. Ulrike S Heucken, KV Bamberg, Bezirks- und Stadträtin  
666 205. Dagmar Gollers, Lüneburg  
667 206. Astrid Cramer, KV Dortmund, Stellv. Sprecherin OV Innenstadt-West  
668 207. Monika Baumgartner, RV Hannover

geändert ohne Gewähr!  
Hinzugefügt ohne Gewähr!

- 669 208. Martina Benzel-Weyh, Coburg-Stadt, Oberfranken, Vorstandssprecherin
- 670 209. Wolf-Rüdiger Benzel, Coburg-Stadt, Fraktionsvorsitzender Stadtrat
- 671 210. Sabine Brunke-Reubold, KV Lüneburg, Kreistagsabgeordnete
- 672 211. Irfan Zubair, KV-Duisburg
- 673 212. Sait Keles, KV Duisburg, Vorstand
- 674 213. Sebastian Lumpe, KV München Land, Geimenderat Ottobrunn
- 675 214. Immanuel Wolf, KV Ostpriegnitz-Ruppien, Beisitzer im Kreisvorstand
- 676 215. Pascal Haggemüller, KV Karlsruhe-Land
- 677 216. Martin Zöllner, Herford, Mitglied im Rat der Stadt Enger
- 678 217. Christian Schneider, Fürth-Stadt
- 679
- 680 und weitere... sowie
- 681
- 682 OV Kreuztal
- 683
- 684
- 685
- 686
  
- 687